

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher  
Bundesminister

Stubenring 1, 1010 Wien

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Walter Rosenkranz  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.777.415

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)27/J-NR/2024

Wien, am 23. Dezember 2024

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mario Lindner und weitere haben am 24.10.2024 unter der **Nr. 27/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Beschwerden wegen Diskriminierungen und Ungleichbehandlungen in Ihrem Ministerium in der XXVII. GP** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

### **Zu den Fragen 1 bis 3**

- *Wie viele Beschwerdeverfahren vor der Gleichbehandlungskommission des Bundes gab es in Hinsicht auf potenzieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen oder Kündigungen seitens Ihres Ressorts oder nachgelagerter Dienststellen in der XXVII. GP? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde-bzw. möglichem Diskriminierungsgrund und Ausgang des Verfahrens.*
- *Wie viele Fälle in der XXVII. GP sind Ihnen bekannt, in denen Ihr Ministerium oder nachgelagerte Dienststellen als Arbeitgeber wegen potenzieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen oder Kündigungen angezeigt wurden? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund.*
- *In wie vielen Fällen in der XXVII. GP waren Ihr Ministerium oder nachgelagerte Dienststellen als Arbeitgeber wegen potenzieller Ungleichbehandlung bei Posten-*

*besetzungen, Einstellungen oder Kündigungen an Verfahren vor Gericht beteiligt?  
Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund, sowie nach jeweiligem Gericht bzw. jeweiliger Instanz.*

- *In wie vielen Fällen kam es jeweils zu Verurteilungen, Freisprüchen außergerichtlichen Einigungen und welche Summen mussten jeweils als Entschädigung bzw. Strafzahlung gezahlt werden? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund.*

Über die in den Beantwortungen der parlamentarischen Anfragen Nr. 10167/J, 14147/J und 17452/J genannten Fälle hinaus gab es zum Stichtag der Anfrage in der Zentralleitung des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft (BMAW) einen Fall mit den Beschwerdegründen Weltanschauung und Alter, und in einer nachgeordneten Dienststelle des BMAW einen Fall mit dem Beschwerdegrund Geschlecht. In beiden Fällen war ein Gutachten der Bundes-Gleichbehandlungskommission (B-GBK) zum Stichtag der Anfrage noch ausständig.

In dem in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 17452/J genannten Fall hat die B-GBK eine Diskriminierung aufgrund der Weltanschauung und des Alters des Antragstellers festgestellt; zum Stichtag der Anfrage wurde dazu weder eine Anzeige erstattet, noch ein Gerichtsverfahren eingeleitet.

Darüber hinaus ist auf die Informationen in den Gleichbehandlungsberichten des Bundes gemäß § 12a Bundes-Gleichbehandlungsgesetz zu verweisen.

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher

Elektronisch gefertigt

